

dieser Stelle nicht noch einmal alle Details aufrollen möchte. Gestatten Sie mir zum Schluss hier jedoch noch einen Hinweis zu einer Anmerkung, die von Herrn Lürbke gerade noch einmal angebracht worden ist. Wir haben heute Morgen bei der Einbringung des Nachtragshaushalts auch die Frage der inneren Sicherheit in unserem Lande diskutiert und in diesem Zusammenhang auch die Frage der Videobeobachtung schon einmal erörtert. Sie haben es gerade noch einmal angesprochen.

Seien Sie sich sicher: Auch für einen Rechtspolitiker ist es natürlich erst einmal sehr mit Vorsicht zu genießen, wenn weitere Beobachtungsmaßnahmen geplant werden. Hier gibt es selbstverständlich das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, das bei uns auch sehr hoch gehalten wird.

Aber ich glaube schon, auch als Rechtspolitiker, der sich sehr für die Freiheitsrechte in diesem Land einsetzt, sagen zu können, dass wir hier sehr wohl einen ausgewogenen Weg finden können, um die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land zu stärken, ohne in allzu großer Weise datenschutzrechtliche Probleme zu bekommen.

Deswegen sprechen wir auch nicht – das wäre meiner Meinung nach auch eine völlige Fehldarstellung; so haben Sie es, glaube ich, auch nicht gemeint, Herr Lürbke – von einer flächendeckenden Videoüberwachung in unserem Land, sondern halten uns konkret an die rechtlichen Möglichkeiten, die uns der § 15a des Polizeigesetzes einräumt.

Das sind übrigens Maßnahmen, die, wenn ich mich richtig erinnere, an den ersten vier Standorten durch einen FDP-Innenminister in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden sind. Es geht um eine ganz genaue Beobachtung an Kriminalitätsschwerpunkten, die dazu dienen soll, dass sich die Menschen gerade in diesen Bereichen wieder sicherer fühlen können. Damit stärken wir beide Bereiche, nämlich die Sicherheit, aber auch die Freiheit des Einzelnen, sich sicher fühlen zu können.

Deshalb bin ich der festen Überzeugung, dass wir mit diesen behutsamen, aber sehr geordneten Maßnahmen zur Videobeobachtung keine Konflikte herbeiführen und dass es insgesamt eine sinnvolle Maßnahme sein kann und auch sein wird.

In diesem Sinne bleibt jedoch meine herzliche Bitte an alle – und ich glaube, das nehmen wir als gemeinsame Aufgabe wahr –, den Landesdatenschutzbericht nicht nur heute einmal hier zu beraten und dann zur Seite zu legen, sondern ihn als ständigen Begleiter für unsere weitere politische Beratung auch bei anderen Tagesordnungspunkten zurate zu ziehen.

Ihnen, meine Damen und Herren, danke ich für Ihre geteilte Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 16/11158, den 22. Datenschutz- und Informationsfreiheitsbericht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit – dieser ist nachzulesen in Vorlage 16/2934 – und die Stellungnahme der Landesregierung hierzu in Vorlage 16/3580 zur Kenntnis zu nehmen. – Ich stelle fest, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen mit der gerade beendeten Debatte diese **Kenntnisnahme der Vorlagen 16/2934 und 16/3580 vollzogen** hat.

Ich rufe auf:

16 Stärkung und Aufwertung der Pflege durch mehr Selbstverwaltung – Nordrhein-Westfalen braucht eine Pflegekammer

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11224

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 16/11224** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des Ausschusses erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Stimmt jemand dagegen oder enthält sich? – Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

17 Bargeld – Freiheit – Privatsphäre – PUNKT! Keine Obergrenze für Barzahlungen! – Wehret der schleichenden Abschaffung des Bargelds und einem weiteren Schritt hin zum Überwachungsstaat

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/11217 – Neudruck

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

(Martin-Sebastian Abel [GRÜNE]: Schön von uns abgeschrieben! Herzlichen Glückwunsch!)

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache**

16/11217 – Neudruck – an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – sowie an den **Innenausschuss**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Jeweils keine. Die Überweisungsempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

18 Kommunen dürfen nicht auf Flüchtlingskosten sitzenbleiben – Landesregierung muss jetzt eine Kurskorrektur bei der Flüchtlingspauschale vornehmen

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11228

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11310

Eine Aussprache ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/11228** an den **Innenausschuss** – federführend –, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung – selbstverständlich auch über den Entschließungsantrag Drucksache 16/11310 – sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Jeweils keine. Einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

19 Funkregulierung: Angriff auf freie Firmware stoppen, Freifunk und Verbraucherschutz bewahren!

Antrag
des Abg. Schwerd (fraktionslos)
Drucksache 16/11214

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/11214** an den **Ausschuss für Kultur und Medien**. Die abschließende Aussprache und Abstimmung sollen nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen. Wer ist für diese Überweisungsempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Jeweils keine. Auch

diese Überweisungsempfehlung ist einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

20 Wahl der stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses IV

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD
Drucksache 16/11192

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Wahlvorschlag. Wer für diesen Wahlvorschlag ist, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Stimmt jemand gegen den Wahlvorschlag der SPD oder enthält sich? – Das kann ich jeweils nicht erkennen. Damit ist der **Wahlvorschlag Drucksache 16/11192** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

21 Wahl des Vorsitzenden des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses II

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/11235

Eine Aussprache ist wiederum nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung. Wer ist für den Wahlvorschlag der CDU? – Stimmt jemand dagegen oder enthält sich? – Nein. Damit ist der **Wahlvorschlag** der CDU-Fraktion **Drucksache 16/11235** einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

22 Wahl der Vertrauensleute und ihrer Stellvertreter für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter bei den Finanzgerichten Düsseldorf und Münster

Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/11238

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen.

Wir kommen somit zur Abstimmung über den Wahlvorschlag. Wer ist für diesen gemeinsamen Wahlvorschlag der genannten Fraktionen? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Damit darf ich feststellen, dass der vorgelegte **Wahlvorschlag**